

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 18:16 bis 19:20 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
Ratsfrau Berendine Bamminger
Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Walter Davids
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Mecklenburg
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff
Ratsherr Richard Woldmer

CDU

Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Hinrich Odinga
Ratsherr Benedikt Rosenboom
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Meinhard Meißner
Ratsherr Franz Melles
Ratsherr Roland Riese
Ratsherr Gerhard Schaudinn

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz
Ratsherr Hermann Züchner

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Protokollführerin Karin Jetses

2 Vertreter der örtlichen Presse
ca. 10 Zuhörerinnen und Zuhörer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert **Herrn Rolf Bolinius** nachträglich zu seiner Eheschließung.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt bittet die Ratsmitglieder um Teilnahme an der im Anschluss an die vertrauliche Sitzung stattfindenden Ehrung der Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerkes des Ortsverbandes Emden.

Er merkt an, dass die Vorlagen-Nr. 14-763 bei TOP 15 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 27“ geändert werden müsse in 14-302/4.

Bei TOP 16, Vorlage 14-657/1 „1. Änderung des Bebauungsplanes D 63 A“, müsse der Zusatz „Öffentlichen Auslegung (Stadium II) gestrichen werden, erklärt er. Es handele sich hier um den Satzungsbeschluss (Stadium III).

Außerdem bitte er um Austausch der Punkte 21 und 22 (Vorlagen 14-798 und 14-800), da die Beratung der beiden Krankenhaus-Vorlagen in dieser Reihenfolge vorteilhafter sei.

Herr Hegewald verweist zu dem Antrag der CDU-Fraktion zum Erlass einer „Verordnung zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Emden“, Punkt 25, Vorlage 14-752, auf die gleichzeitige Satzung der Stadt Osnabrück, die der Bezirksregierung zur Genehmigung vorliege. Diese Satzung gehe über das hinaus, was die CDU-Fraktion vorgeschlagen habe und enthalte z. B. auch Ordnungswidrigkeiten, die gleich mit Bußgeldern belegt seien. Die Chancen für die Genehmigung dieser Satzung bei der Bezirksregierung ständen gut. Die CDU-Fraktion möchte daher den Beschluss der Bezirksregierung abwarten und bitte um Zurückziehung dieses Punktes.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2003

Herr Klaassen bemängelt zu Punkt 23, Vorlage 14-643 „Entwicklungskonzept Hallenbad Emden“, dass das Abstimmungsergebnis auf Seite 24 der o. a. Niederschrift sich nur auf den Änderungsantrag beziehe. Das über die gesamte, geänderte Vorlage abgestimmte Ergebnis fehle.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Anm. der Protokollführung:

Die Beschlüsse zur Vorlage 14-643 werden wie folgt gefasst:

Herr Dr. Kleinschmidt lässt zunächst über den ergänzten Änderungsantrag der Ratsfraktionen zur Beschlussvorlage 14-643 v. 19.06.2003 (b.) abstimmen:

Beschluss: a.)

Der Rat beabsichtigt, das Hallenbad Emden entsprechend dem durch das Architektenbüro de Witt, Dohrn, Janssen, Bad Zwischenahn, in Zusammenarbeit mit der Fa. „leisure consulting network“, Bad Lippspringe, und der „planungsgruppe freiraum“, Oldenburg, erarbeiteten **und weiter zu entwickelnden** Konzept zu einem Vereins-, Kurs-, und Gesundheitsbad umzugestalten und entsprechend zu erweitern.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Umsetzungskonzept unter Berücksichtigung des steuerlichen Verbundes und der daraus resultierenden Möglichkeiten zu entwickeln.

b.)

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Umsetzungskonzept **auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der Gutachten von WIBERA und ANWI/ADLER und unter Berücksichtigung des steuerlichen Verbundes** und der daraus resultierenden Möglichkeiten zu entwickeln.

Im Einzelnen bedeutet dies, dass ein detailliertes Betriebskonzept erstellt wird.

1. Die Festlegung des gewünschten Einflussgrades der Stadt auf eine zu gründende Bädergesellschaft (GmbH) bzw. einem privaten Betriebsführer erfolgt.
2. Die Betriebsführung beider Bäder **incl. Fitness- und Saunabereich** wird an einen privaten Betreiber vergeben.
3. Eine öffentliche Suche nach einem Partner für die Betriebsführung findet statt.
4. Das Betreiberkonzept wird auf das „alte Bad übertragen (praktische Verifizierung des Betreiberkonzeptes).
5. Die Prüfung auf familiengerechte Angebote erfolgt.

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 040
Dagegen: 001
Enthalt.: 001

Dann lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** über den vorhandenen Beschluss mit der Einfügung des Sportausschusses „unter weiter zu entwickelnden Konzept“ und dem ergänzten Änderungsantrag der Ratsfraktionen abstimmen (a. und b.).

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Ergebnis: Mit Stimmenmehrheit

Dafür: 041
Dagegen: 001
Enthalt.: 000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rates am 19.06.2003 wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 11.08.2003

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Rates am 11.08.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

BESCHLUSSVORLAGEN

Punkt : 6 Vorlage 14-8/5
Umbildung des Verwaltungsausschusses; Feststellung der Vertreterregelung

Beschluss: Als Vertreter des Beigeordneten Erich Bolinius wird anstelle von Rats Herrn Rolf Bolinius für die restliche Dauer der 14. Wahlperiode

Rats Herr Gerhard Schaudinn

benannt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14-499
Umbesetzung von Ratsausschüssen

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Beschluss: Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

Sportausschuss

Beratendes Mitglied – Vertreter des Integrationsrates

Frau Klara Stein

für Herrn Georg Zimmermann

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 8 Vorlage 14-633/03
Änderung der Satzung der Stadt Emden über den Stadtentwicklungs- und Immobilienbetrieb in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts

Beschluss: Der Rat beschließt in Abänderung seiner Beschlüsse vom 08.05.03 und 11.08.03 zur Vorlage 14/633, 14/633/01 und 14/633/02 die als Anlage zur Vorlage 14/633/03 beigefügte Satzung einschließlich Anlage.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14-14/04
Besetzung von Gremien

Beschluss:

Als Vertreter für den Verwaltungsrat des Stadtentwicklungs- und Immobilienbetriebes der Stadt Emden werden benannt:

Mitglied

Vertreter

SPD-Fraktion:

Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Woldmer

Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU-Fraktion:

Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Reinhard Hegewald

FDP-Fraktion:

Beigeordneter Erich Bolinius
Ratsherr Heino Ammersken

Ratsherr Roland Riese
Ratsherr Franz Melles

Fraktion B 90 / Die Grünen (als beratendes Mitglied)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

Ratsherr Bernd Renken

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Punkt : 10 Vorlage 14-15/4
Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses

Beschluss: Der Rat stellt die nachstehend aufgeführte Besetzung des Jugendhilfeausschusses fest:

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder der 2/5-Gruppe
FDP-Fraktion

Frau Marion Oelrichs-Brinkmann Vertreter: Herr Tim Kruithoff

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 033
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

Punkt : 11 Vorlage 14-730
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2003

Herr Schaudinn erkundigt sich bezüglich der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 24.000,- € im Verwaltungshaushalt zu Haushaltsstelle 7010-6757 „Für die Reinigung der öffentlichen Toiletten durch Mitarbeiter des Eigenbetriebes“, welche öffentlichen Toiletten hiermit gemeint seien.

Herr Röttgers antwortet, die Verwaltung unterhalte die Toilette am Bahnhof. Außerdem beteilige die Stadt Emden sich an der Toilettenreinigung am Stadtgarten.

Herr Schaudinn erklärt, im Haushalt 2003 stände unter der Haushaltsstelle 7010-5435 für die Reinigung des Toilettenpavillons ein Ansatz von 3.100 € zur Verfügung.

Herr Brinkmann sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anm. der Protokollführung:

Lt. Auskunft des FD 870 v. 06.11.2003 werden die Reinigungsarbeiten der Toilette am Bahnhof und der Toiletten am Stadtgarten im Auftrag der Stadt Emden durch den Eigenbetrieb BEE durchgeführt. Die hierbei anfallenden Kosten werden von der Stadt an den Eigenbetrieb erstattet. Da im Haushaltsplan keine Ausgabehaushaltsstelle für diese Aufgaben gebildet wurde, war eine außerplanmäßige Ausgabe unter der Haushaltsstelle 7010-6757 notwendig.

Für die Reinigung des Toilettenpavillons ist die Stadt Emden ebenfalls zuständig. Die Reinigung erfolgt hier jedoch durch die Marketing und Tourismus GmbH der Stadt Emden. Die hierbei anfallenden Kosten in Höhe von 3.100 € sind unter der Haushaltsstelle 7010-5435 veranschlagt. Die Bewirtschaftung dieser Haushaltsstelle erfolgt durch den Fachdienst Liegenschaften.

Herr Riese erkundigt sich bezüglich der überplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Bereich Lehr-, Unterrichtsmittel u. Bücherei, was unter „der Anpassung der Ansätze für Lehr und Unterrichtsmittel an den Bedarf der Schulform“ zu verstehen sei.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Herr Lutz erklärt, es handele sich hier um eine Übertragung von Haushaltsresten, eine Umbuchung aus dem Vorjahr.

Außerdem möchte **Herr Riese** bezüglich der Mehrausgaben in Höhe von 5.000,- € für den Aktionstag der Stadtverwaltung am 13.09.2003 wissen, ob die Verwaltung Angaben zu den Personalkosten für diesen Tag machen könne.

Herr Brinkmann erklärt, eine Aufgabe des Geschäftes der laufenden Verwaltung sei es, mit den Bürgern der Stadt Emden zu kommunizieren. Der Aktionstag habe bei ca. 5000 Besuchern und Kosten in Höhe von 5000,- € pro Besucher lediglich 1 € gekostet. Darüber hinaus habe er eine große Motivation bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung feststellen können. Natürlich hätten die Verwaltungsangehörigen die Zeitschaltuhr betätigt.

Herr Riese weist darauf hin, dass er eine schriftliche Anfrage bezüglich der Personalkosten für den Aktionstag stellen werde.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden nimmt Kenntnis von der gemäß § 89 Abs. 1 NGO erfolgten Zustimmung zu der in der Vorlage 14-730 beigefügten Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2003.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 12 Vorlage 14-536/02
Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zukunft Emden GmbH

Beschluss: a) Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zukunft Emden GmbH
Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden angewiesen, der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zukunft Emden GmbH in der beiliegenden Form zuzustimmen.

b) Erhöhung des Stammkapitals
Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden angewiesen, einer Erhöhung des Stammkapitals aufgrund der nach dem Ratsbeschluss vom 19.06.03 von der Stadt Emden in die Gesellschaft eingebrachten Grundstücke zuzustimmen und den Gesellschaftsvertrag entsprechend zu ändern. Grundlage für die Erhöhung ist das Gutachten des Gutachterausschusses, aufgerundet auf volle 1.000,00 €.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 13 Vorlage 14-732
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89 NGO

Herr Schaudinn möchte zu dem bei Punkt 3 b „Verwaltungshaushalt – außerplanmäßig“ unter Haushaltsstelle 5100-7150 „Verlustrücklage“ aufgeführten Betrag in Höhe von 632.550,00 € wissen, um was für eine offene Forderung der Stadt gegenüber dem Krankenhaus es sich gehandelt habe.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Herr Lutz berichtet, es gehe hier um ein Liquiditätsdarlehen, dass die Stadt Emden dem Krankenhaus vor einiger Zeit gegeben habe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2003 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zu:

1. Vermögenshaushalt –überplanmäßig-

- | | |
|---|-------------|
| a) 2300-9550 Sanierung der Sportanlage | 40.000,00 € |
| b) 1600-9550 Für die Zusammenlegung von Leitstellen | 80.000,00 € |

2. Verwaltungshaushalt –überplanmäßig-

- | | |
|---|--------------|
| a) 4510-6300 Für Ferienmaßnahmen | 43.000,00 € |
| b) 4550-7700 Erziehung in Heimen/Jugendwohngemeinschaften | 283.000,00 € |
| c) 2100-5000 Baul. Unterhaltung / Gebäude / Anlagen | 118.000,00 € |

3. Verwaltungshaushalt –außerplanmäßig-

- | | |
|---|--------------|
| a) 4980-7810 Zuschuss für die Entsorgung von Windelsäcken | 169.200,00 € |
| b) 5100-7150 Verlustausgleich | 632.550,00 € |

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 033
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

Punkt : 14

Vorlage 14-773
Interkommunale Vereinbarung zur Anwendung eines Moderationsverfahrens bei der Ansiedlung neuer großflächiger Einzelhandelseinrichtungen im Gebiet der Regionalen Strukturkonferenz Ostfriesland

Beschluss: Die vorgeschlagene interkommunale Vereinbarung wird durch die Stadt Emden unterzeichnet.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15

Vorlage 14-302/4
Vorhabenbezogener Bebauungsplan A 27; Innenstadt, Gebiet zwischen Nesserlander Straße und Alten Binnenhafen (Projekt Wasserstadt am Hafentor)
- Satzungsbeschluss (Stadium III)

Herr Dr. Kleinschmidt übergibt den Vorsitz an seine Vertreterin, Frau Hillgriet Eilers.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Herr Röttgers erläutert, die Stadt Emden habe sich als „Topziel“ die Förderung der Innenstadt vorgenommen. Er erinnere an die seinerzeitige Vorstellung des Gesamtkonzeptes „Neue Wege in der Innenstadt“ und berichtet über die bereits erledigten bzw. vergebenen Aufgaben aus diesem Programm. Jetzt stünde die Verwaltung davor, auch die Hochbaumaßnahmen, die die Wasserstadt am Hafentor entwickeln wolle, durch einen Satzungsbeschluss freizugeben. Er betone, dass dieses gesamte Geschehen in der verhältnismäßig kurzen Zeit auf die Begeisterung der Mitarbeiter zurückzuführen sei. Er habe festgestellt, dass die Investoren vertrauensvolle Partner seien, die ergebnisorientiert und gut gearbeitet hätten.

Herr Dr. Kleinschmidt berichtet, er habe sich in seiner Eingabe zu diesem Bebauungsplan in erster Linie gegen die beabsichtigte Überbauung der Promenade und des Wassers in Höhe der Kapitänshäuser gewandt, müsse aber seine Bedenken vortragen gegen den Bau der Promenade selbst, die besonders an einigen Stellen viel von der Wasserfläche wegnähme.

Auch werde die schöne breite Einfahrt in den Ratsdelft durch den Bau der Slipanlage, die nach Meinung vieler Bürger nicht an diese zentrale Stelle der künftigen Wasserstadt gehöre, auf eine Kanalzufahrt reduziert.

Die Stadt Emden habe in der Vergangenheit schon viele Wasserflächen in der Stadt verloren und es gelte daher besonders auch für den Rat der Stadt, eifersüchtig darüber zu wachen, dass keine weiteren Wasserflächen tatsächlich oder optisch verloren gingen, denn der immer noch vorhandene Reichtum an Wasserflächen sei eines der kostbarsten Güter unserer Stadt, erklärt er. Die Überbauung der Promenade und des Wassers in Höhe der Kapitänshäuser störe den harmonischen Verlauf der Promenade ganz erheblich und führe zu einer optischen Verkleinerung der einzigartigen großen Wasserfläche mitten in der Stadt.

Was die Verwaltung als markante Überbauung und als städtebaulich erstrebenswert bezeichne, nenne er einen groben Störfaktor für die Harmonie und die Eleganz der Linienführung der Promenade und für den guten Eindruck der Wasserstadt insgesamt. Und was die Verwaltung in ihrer Stellungnahme „ein Mindestmaß an Intimität für die am Sportboothafen Wohnenden“ nennt, bezeichne **Herr Dr. Kleinschmidt** als „Gefahr einer Gettoisierung dieses Bereichs“.

Seine Forderung laute daher, die geplante Überbauung zu unterlassen, im Bebauungsplan die Ausbuchtung der Grenzlinie zu beseitigen und diese Linie gerade weiterzuführen. Er werde dem Bebauungsplan nicht zustimmen.

Zu seiner hilfsweise gegebenen Anregung, das über Promenade und Wasser entstehende Gebäude für öffentliche Zwecke zu nutzen, erklärt er, dieser Vorschlag beruhe auf dem Grundgedanken, dass bei Entscheidungen des Rates das öffentliche Wohl absoluten Vorrang haben müsse vor den Interessen Einzelner. Dies werde hier nicht berücksichtigt.

Beschluss: a) Die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Anregungen und Hinweise Nr. 1., 3.1, 4.2, 5.1, 5.2, 7.2 und 8. werden berücksichtigt.

Die Anregungen und Hinweise Nr. 2.1, 2.2, 6., 7.1 werden nicht berücksichtigt.

Die Hinweise Nr. 3.2, 3.3, 4.1, 5.3 werden zur Kenntnis genommen.

b) Der vorhabenbezogene Bebauungsplan A 27 mit dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan nebst Begründung wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Dafür: 031
Dagegen: 001
Enthalt.: 002

Punkt : 16

Vorlage 14-657/1

1. Änderung des Bebauungsplanes D 63 A, II. Abschnitt, Stadtteil Conrebbersweg zwischen der Straße Conrebbersweg und der Autobahn;
- Satzungsbeschluss (Stadium III);

Beschluss:

a) Die Anregung wird nicht berücksichtigt.

b) Der Bebauungsplan D 63 A, II. Abschnitt mit örtlichen Bauvorschriften nebst Begründung, wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis:

einstimmig

Punkt : 17

Vorlage 14-658-1

42. Änderung Flächennutzungsplan (Stadtteil Conrebbersweg);
Feststellungsbeschluss (Stadium III)

Beschluss:

Die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Erläuterungsbericht wird beschlossen.

Ergebnis:

einstimmig

Punkt : 18

Vorlage 14-797

Zusammenfassung der Straßen im Bebauungsplangebiet D 98 A, 2. Änderung (Wolthusen) zu einer Erschließungseinheit

Beschluss:

Die im Bebauungsplangebiet D 98 A, 2. Änderung (Wolthusen), geplanten Straßen (Planstraßen A bis C und Teilstück der Johannes-Calvin-Straße) werden zur gemeinsamen Aufwandsermittlung zu einer Erschließungseinheit gemäß § 130 Abs. 2 des Baugesetzbuches zusammengefasst.

Ergebnis:

einstimmig

Punkt : 19

Vorlage 14-696

Verwaltungsvereinbarung eines gemeinsamen Tierseuchen-Krisenzentrums

Beschluss:

Die der Vorlage Nr. 14/696 als Anlage beigefügte Verwaltungsvereinbarung zwischen den Landkreisen Ammerland, Aurich, Leer, Wesermarsch und der kreisfreien Stadt Emden über die Bildung eines gemeinsamen Tierseuchen-Krisenzentrums wird beschlossen

Ergebnis:

einstimmig

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Punkt : 20 Vorlage 14-753
Parkleitsystem

Beschluss: Das vorgestellte Parkleitsystem ist vorbehaltlich einer entsprechenden Förderung einzurichten. Hierfür ist zunächst ein Förderantrag nach GVFG zu stellen. Die notwendigen Eigenmittel sind im nächstmöglichen Haushalt zu veranschlagen. Sollte eine Förderung wider Erwarten nicht möglich sein, ist über das Parkleitsystem neu zu entscheiden.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 21 Vorlage 14-798
Entlastung der Werksleitung des Hans-Susemihl-Krankenhauses für das Geschäftsjahr 2002

Beschluss: Der Werksleitung des Hans-Susemihl-Krankenhauses wird für das Geschäftsjahr 2002 Entlastung erteilt.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 033
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

Punkt : 22 Vorlage 14-800
Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes 2002 und Beschluss über die Behandlung des Jahresverlustes 2002

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 30 EigBetr.VO den Jahresabschluss und den Lagebericht des Hans-Susemihl-Krankenhauses Emden für das Haushaltsjahr 2002.

Der Jahresfehlbetrag 2002 in Höhe von 642.384,41 € abzüglich des Gewinnvortrages in Höhe von 9.853,61 € aus 2001 = 632.530,80 € wird gegen die Passiv-Pos. D 2 Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger aufgelöst.

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 033
Dagegen: 000
Enthalt.: 001

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 23 Vorlage 14-807
Resolution zur Gemeindefinanzreform

Herr Dr. Kleinschmidt erläutert die beiden vorliegenden Beschlussvorschläge.

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Herr Ammersken erklärt, die FDP-Fraktion habe die vorliegende Resolution in den Rat eingebracht, da momentan in der Steuergesetzgebung an sämtlichen Stellschrauben gedreht werde. Nur das Hauptziel, die langfristige Stabilisierung der Gemeindefinanzen, werde nicht erreicht. Es sei daher dringend erforderlich, sich für eine umfassende Gemeindefinanzreform einzusetzen.

Um die akute Finanznot der Kommunen unmittelbar zu lindern, enthalte der FDP-Vorschlag die Forderung als Sofortmaßnahme, die im Oktober 2000 vorgenommene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurück zu nehmen. Dies würde die Kommunen in 2004 um ca. 2,30 Mrd. € entlasten. Darüber hinaus sei dringend ein Systemwechsel notwendig, um die großen Schwankungen in der Gewerbesteuer zukünftig zu nivellieren. Dies bedeute die Ersetzung der bisherigen Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer mit eigenem Hebesatzrecht für die Kommunen auf die Ertragssteuern wie Körperschafts- und Einkommenssteuer.

Die Kommunalsteuer sei für die jeweiligen Steuerzahler belastungsneutral zu gestalten, d. h. bei einem angenommenen Kommunalsteuersatz von 13 % sei der Einkommenssteuereingangssatz (Tarif 2005) auf 13,4 % und der Spitzensteuersatz auf 37,4 % abzusenken. Die Körperschaftssteuer sei bei gleicher Annahme von jetzt 25 % auf 32,2 % zu erhöhen, so dass die Gesamtbelastung bei 36,4 % verbleibe. Die Besteuerung ertragsunabhängiger Komponenten lehne die FDP-Fraktion ab, da dieses eindeutig zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen gehe und somit Arbeitsplätze gefährde. Eine Besteuerung von Aufwand sei eine moderne Form der „Wegelagerei“.

Des weiteren sei eine höhere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer notwendig. Aus diesem Grunde fordere die FDP-Fraktion die Anhebung des Umsatzsteueranteiles der Kommunen für 2004 von jetzt 2,2 % auf 3 %. (weitere Einnahme ca. 1,1 Mrd. €) und darüber hinaus auf 11,5 %. Die Verteilung der Umsatzsteuer auf die Gemeinden habe ausschließlich nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse zu erfolgen. Damit werde

- a) dem Grundgesetz (Art. 106 GG) Rechnung getragen und
- b) ein Anreiz für die Kommunen geschaffen, weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bringe den Kommunen ein Entlastungsvolumen von 4 Mrd. €. Dies müsse den Kommunen in vollem Umfang, z B. als Ausgleich zu den Kosten des Grundsicherungsgesetzes, zukommen. Das Beispiel „Grundsicherungsgesetz“ zeige des weiteren deutlich, dass eine Grundgesetzänderung hin zum umfassenden Konnexitätsprinzip notwendig sei. Art. 104 a GG sehe das relative Konnexitätsprinzip für Bund und Länder vor. Da die Kommunen ausdrücklich nicht erwähnt seien, sei es dringend notwendig, dieses im Sinne einer gerechten Aufgaben- und Kostenverteilung nachzubessern.

Die FDP-Fraktion bitte den Rat um Zustimmung zum Resolutionsentwurf.

Herr Hegewald erläutert die schwierige Lage der Kommunen. Die kommunale Handlungsfähigkeit habe schon sehr stark gelitten. Die Stadt Emden bräuchte daher eine umfassende Gemeindefinanzreform, u. a. einen Anteil der Umsatzsteuer, der von jetzt 2,2 % auf mindestens 3 % erhöht werden müsse. In der Tat bräuchte man das Konnexitätsprinzip. Auf keinen Fall wolle man eine Stabilisierung der Elemente, wie sie in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung formuliert sei. Eine daraus folgende Gewerbesteuererhöhung könne man sich in der jetzigen prekären wirtschaftlichen Situation nicht leisten. Die CDU-Fraktion stimme dem FDP-Antrag zu.

Herr Haase ist nach dem gestrigen Kongress des Deutschen Städtetages in Berlin überrascht, dass so kurzfristig von dem gemeinsamen Entwurf der großen Kommunalparteien in der Bundesrepublik Deutschland abgewichen werde. Die SPD-Fraktion lehne den FDP-

Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Rates am 25.09.2003

Antrag ab, da er nicht zielführend sei. Er glaube, dass die Stadt Emden gut beraten sei, weiter an dieser gemeinsamen Resolution des Deutschen Städtetages festzuhalten. Auch die Sozialdemokraten in Emden seien mit dem, was die Bundesregierung vorgelegt habe, in keiner Weise zufrieden. Die bislang angedeuteten Mittel seien für die Kommunen zu wenig. Im Moment ginge es darum, die Gewerbesteuer wieder mit Leben zu erfüllen, um Emden auch weiterhin eine vernünftige Zukunft zu ermöglichen. Seine Fraktion werde daher für die Resolution des Städtetages stimmen.

Herr Renken berichtet, er sei bei dem gestrigen Kongress des Deutschen Städtetages in Berlin beeindruckt gewesen, wie viele Bündnispartner die Städte dort „auf die Beine“ gebracht hätten. Es sei hoffentlich auch der Auftakt zu einem bundesweiten Zusammenschluss der Kommunen gewesen, um eine Gemeindefinanzreform durchzusetzen, die ihren Namen auch verdiene. D. h., das verlässliche Rahmenbedingungen gesetzt werden müssten. Die Infrastruktur, die in vielen Jahrzehnten in Emden aufgebaut worden sei, müsse zumindest erhalten bleiben, wenn man es nicht schaffe, eine solide und nachhaltige Gemeindefinanzreform für die Gemeinden und Städte durchzusetzen. Der Kongress habe auch sehr deutlich gezeigt, dass der Deutsche Städtetag in einem breiten Bündnis vieler Schichten in der Bevölkerung stehe. Er denke, die Stadt Emden sei in dieser Breite auch verpflichtet, den Vorschlag des Städtetages zu unterstützen. Er appelliere daran, gemeinsam die Position des Deutschen Städtetages weiter zu vertreten.

Herr Lutz betont, die Stadt Emden stände an einem Scheideweg. Man müsse überlegen, ob die Kommunen zukünftig noch handlungsfähig seien. Eine sichere finanzielle Grundlage für die Kommunen biete nur eine Gewerbesteuer, die ehrlich sei und eine Gerechtigkeit schaffe. Es könne nicht sein, dass ein kleiner Handwerksbetrieb von der Bank gezwungen werde, Eigenkapital zu bilden, dieses Eigenkapital erwirtschafte und für die Tilgung dann Gewerbesteuern zahlen müsse. Der Großkonzern dagegen kaufe bzw. bilde sich kein zusätzliches Kapital. Als Beispiel führt er die Firma Frisia an. Mit Steuergerechtigkeit hätte das nichts zu tun. Nach dem Grundsatz des Steuerrechtes sei jeder nach seiner Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Er bitte darum, der Resolution des Deutschen Städtetages die Stimme zu geben.

Herr Brinkmann erklärt, es stimme ihn sehr traurig, dass es hier plötzlich eine Diskussion gebe, die völlig konträr sei zu dem, was mühsam im Nds. Städtetag im Konsens zwischen den Kommunalpolitikern aufgebaut worden sei. 1600 Kommunalpolitikerinnen und –politiker, darunter 4 aus Emden, hätten in Berlin mit Begeisterung zugestimmt.

Herr Dr. Beisser betont, die FDP-Fraktion habe sich nicht gegen die Einbeziehung der Selbständigen in die Gewerbesteuer gewandt.

Nach einer kontroversen Diskussion der Herren **Ammersken, Hegewald, Brinkmann, Dr. Beisser, Haase** und **Renken** lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** über beide Resolutionen abstimmen.

a) Beschlussvorschlag der Antragstellerin:

Der Rat beschließt die als Anlage 1 der Vorlage 14-807 beigefügte Resolution der FDP-Fraktion zur Reform der Gemeindefinanzierung.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 015
Dagegen: 018
Enthalt: 001

b) Beschlussvorschlag der Verwaltung

Der Rat beschließt die als Anlage 2 der Vorlage 14-807 beigefügte Resolution der Verwaltung zur Reform der Gemeindefinanzierung.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 018

Dagegen: 013

Enthalt.: 003

Punkt : 24 Vorlage 14-700
Erhalt des Zollhauses im Hafen;
- Antrag der FDP vom 30.05.2003

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, alles zu unternehmen, um das im Jahr 1890 erbaute Zollhaus, welches ein hervorragendes Ensemble mit der damals erbauten Seeschleuse bildet, zu erhalten.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 25 Vorlage 14-752
Antrag der CDU-Fraktion zum Erlass einer „Verordnung zur Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt Emden“.

Ergebnis: Von der Antragstellerin zurückgezogen!

Punkt : 26 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Brinkmann teilt mit, die Verwaltung werde nach Abstimmung mit der Bezirksregierung Weser-Ems einen optimierten Regiebetrieb für die Gebäudewirtschaft einrichten. Diese Aufgabe sei ursprünglich für die Anstalt des öffentlichen Rechts vorgesehen gewesen. In den nächsten Tagen werde den Ratsherren ein Beschlussentwurf zugeleitet. Der Beschluss müsse in der Ratssitzung am 18.12.2003 gefasst werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.